

# Die Gewerkschaft

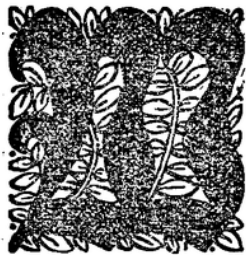
Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 119 44

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Im neunten Jahr der Republik



Wir haben vor Jahresfrist versucht, an dieser Stelle ein umfassendes Bild zu geben von der Entwicklung, die die deutsche Politik seit dem 9. November 1918 genommen hat. Wenn wir das letzte Jahr in diesen Rückblick einbeziehen, so könnten wir uns in der Hauptsache beschränken auf die Feststellung, daß sich zwar die Republik auch im ver-

flossenen Jahre ohne Zweifel gefestigt hat, andererseits ist aber durch die rechtsgerichtete Regierung eine bedenkliche Tendenz festzustellen, von innen heraus das neue Deutschland wieder in den alten Rahmen der Vorkriegszeit hineinzuzwängen. Dabei ist es fast gleich, ob wir die den Gewerkschaften besonders naheliegenden Gebiete des Arbeitsrechts, der Wirtschafts- und Sozialpolitik als Unterlage nehmen oder die Finanz-, Steuer- und Zollpolitik, von der mehr als unerfreulichen Klassen-„Rechtssprechung“ der letzten Zeit schon gar nicht zu reden.

Nun sind zwar im verflissenen Jahre einige Umgestaltungen gesetzmäßiger Art erfolgt, die wir in ihrer Gesamtauswirkung für die Dauer doch auch nicht unterschätzen dürfen. Wir denken da insbesondere an das Arbeitsgerichts-gesetz, das ohne Zweifel einen erheblichen Fortschritt bedeutet, an die Arbeitslosenversicherung und an die neue reichsgesetzlich übernommene Arbeitsvermittlung. In sozial-hygienischer Beziehung dürfte sich das neue Gesetz gegen die Geschlechtskrankheiten, das am 1. Oktober 1927 zur Einführung gelangte, ebenfalls zugunsten der arbeitenden Klassen auswirken. Aber diesem nicht allzu großen Kredit-Konto steht doch das gewaltige Konto der Verschlechterungen gegenüber. Zwar ist das allerschlimmste — das reaktionäre Reichsschulgesetz — noch nicht unter Dach und Fach. Die Widerstände

selbst im bürgerlichen Lager sind noch nicht überwunden trotz all der krampfhaften Versuche dieser Marx-Keudell-Regierung. Hingegen hat diese Rechtsregierung zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft eine Handels- und Zollpolitik aufgerichtet, die so offenkundig arbeiterschädigend ist, daß es eigentlich rätselhaft bleibt, warum nicht in den Reihen der christlichen Arbeiter-Organisationen gegen diese Art Zentrums-politik schärfer Stellung genommen wird. Denn, wenn die gesamte Gewerkschaftspolitik der Christlichen überhaupt ernst genommen werden soll — bei fast allen größeren Aktionen sind auch in den letzten Wochen die drei großen Gewerkschaftsrichtungen gemeinsam vorgegangen —, so müßte doch ein stärkerer Druck auf die Zentrumsfraktion möglich sein, um dieser Regierung eine andere Marschroute beizubringen.

Wir können auch nicht daran glauben, daß in der Gemeinsamkeit der Monarchisten und Zentrumsregierung die Republik die Sicherheiten hat, wie sie beispielsweise im Reichsbanner auch von den Zentrumsmitgliedern mit ziemlicher Schärfe gefordert werden. Man mag beginnen wo man will, sei es bei den Symbolen — die Mißachtung der deutschen Reichsfahne Schwarzrotgold ist kennzeichnend dafür —, oder die Gesamtpolitik (inklusive Tannenbergrummel) der letzten Monate näher in Augenschein nehmen, immer wieder muß als Gesamtergebnis festgestellt werden, daß die Rechtsregierung

für die Volksmassen, ja für die gesamte Arbeitnehmer-schaft eine ungeheure Belastungsprobe bedeutet. So kann man sich nur damit trösten, daß wir im nächsten Jahre, im zehnten Jahr der Republik, Reichstagswahlen haben werden, die hoffentlich endlich eine Abrechnung bringen. Das deutsche Volk schläft so, wie es sich bettet!

Nun wollen wir durchaus nicht schön färben und feststellen, daß auch innerhalb der Arbeiterschaft vieles ist, wie es nicht sei soll. Zwar haben die großen Erfolge der Stadt-

### Zum neunten November

Gebunden lag ich im tiefsten Turm der Zeit,  
Fern von Lust und Winden, von Sonne und Sternen weit,  
Alle Glieder geschnürt mit Eisenteilen, mit goldenen Striden,  
Neben dem Haupt das schwarze Netz, um nicht den Tag zu erblicken,  
Trauer und Scham im Herzen, Groll und Gram im Blut,  
Saß ich im dunklen Verließ in waffenklirrender Gut...  
Wolken wehten über meine Trübsal...

Da geschah es... An jenem nebelbeugten Tag  
Webten die starken Mauern unter einem Donner Schlag;  
Bis in den Grund erschüttert wankte der Turm...  
Jede Bastille erlebte doch ihren Bastillenkurm...  
Voll stieß die Tore des Zwingers auf,  
Holte mich aus der grauen Gruft heraus,  
Löste mich aus den Ketten, Striden, Nehen, Banden...  
Wieder bin ich frei unter freiem Himmel gestanden...  
Glorreicher Tag der Tat!

Voll, nun führe ich dich!  
Voll, schließe enger den Ring um mich!  
Hast du mich aus dem Kerker befreit,  
Hüte mich wohl! Sie halten schon wieder den Käfig bereit.  
Voll, nicht müde werden! Wach sein, zaudere nicht!  
Höre und merke, was die Stimme der Freiheit spricht:  
Alle rufen dich jetzt in meinem Namen an,  
Jedes Wort wird unter meinem Zeichen getan,  
Und ich kenne doch viele nicht, noch ihre Tat,  
Weiß nichts von ihrem Irrtum und falschen Rat.

Voll, steh mir in dem großen Werke bei!  
Nur wo du selber dich bindest, da bleibt die Freiheit frei!

Karl Bröger.

für die Volksmassen, ja für die gesamte Arbeitnehmer-schaft eine ungeheure Belastungsprobe bedeutet. So kann man sich nur damit trösten, daß wir im nächsten Jahre, im zehnten Jahr der Republik, Reichstagswahlen haben werden, die hoffentlich endlich eine Abrechnung bringen. Das deutsche Volk schläft so, wie es sich bettet!

Nun wollen wir durchaus nicht schön färben und feststellen, daß auch innerhalb der Arbeiterschaft vieles ist, wie es nicht sei soll. Zwar haben die großen Erfolge der Stadt-

verordneten-Wahlen in Hamburg, Königsberg usw. bewiesen, daß wir im Fortschreiten begriffen sind. Aber der gehässige und heftige Kampf, der sich von seiten der linksgerichteten Partei, der Kommunisten, fast einzig und allein gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft richtet, ist doch noch immer ein böses Symptom. Wenn in Hamburg versucht wurde, unter dem Vorsitz des Ortsausschusses des ADGB, eine Verständigung herbeizuführen, so muß jeder objektiv Denkende feststellen, daß diese Verständigung gescheitert ist an der fehlenden Bereitwilligkeit der Kommunisten, die Verantwortung gleichfalls mit zu übernehmen. Diese Verantwortungsfrage ist überhaupt das Charakteristische in der Trennung der beiden Arbeiterparteien.

Nun kann man vom Standpunkt der Gewerkschaften vielleicht sagen, es ist die besondere Mission, der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft, die Vermittlerrolle zu spielen und zu versuchen, einen Ausgleich in dem politischen Streit der beiden Arbeitergruppen herbeizuführen. Es ist aber leider festzustellen, daß neben denjenigen Kommunisten, die in der Gewerkschaftsarbeit eifrig und verantwortlich mitarbeiten, die kommunistische Presse in geradezu unverantwortlicher Weise zu den Wirtschaftskämpfen der Arbeiterschaft Stellung nimmt. Jeglicher Verantwortung bar wird das Blau vom Himmel gefordert und unter einer „Verbreiterung der Kampfbasis“ tut's selbst das kleinste Provinzblättchen nicht mehr. In der süddeutschen Arbeiterpresse wurde dieser Tage wieder eine Artikelserie losgelassen gegen unsere Organisation auf

Grund unseres Artikels in Nummer 41 der „Gewerkschaft“. Es verlohnt sich kaum, auf die Einzelheiten einzugehen. Wir behalten uns das eventuell in einer späteren Betrachtung vor.

Was wir aber feststellen müssen, ist, daß die Methode der Kommunisten, die Gewerkschaftstaktik in unverantwortlicher Weise beeinflussen zu wollen, unter gar keinen Umständen auf die Dauer von irgendeiner Organisation geduldet oder ertragen werden kann. Gewiß haben wir in den Wirtschaftskämpfen der letzten Wochen nicht überall volle Erfolge aufzuweisen. Immerhin muß doch gesagt werden, daß außer dem siegreichen Kampf der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter eine Anzahl Kämpfe und Errungenschaften, teils auf dem Verhandlungswege, teils durch Streiks, erfolgt sind, deren Durchführung und Siege nur möglich waren einmal durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, zum andern aber auch, weil wir in der deutschen Republik unser Koalitionsrecht besser ausnützen können als in der Vorkriegszeit. Das kann niemand abstreiten. Das ist sicher auch ein Erfolgskapitel der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. So kann der besinnliche Gewerkschafter am Ausgang des neunten Jahres der Republik zwar keine besondere Begeisterung aufbringen gegenüber den bestehenden Zuständen. Andererseits ist doch festzustellen, daß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands gegenwärtig sich auf vollem Vormarsch befindet. Wir hoffen zuversichtlich, daß das nächste Jahr sowohl in der politischen Arena der Reichs- und Landtagswahlen wie auch bei den gewerkschaftlichen Kämpfen uns einen erheblichen Schritt vorwärts bringt. E. D.

## Gewerbehygiene und Volksgesundheit

### I.

Nachstehende Ausführungen stellen einen Auszug aus dem Referat dar, das Stadtmedizinalrat Dr. Koniger, Magdeburg, auf unserer Konferenz „Gesundheitswesen“ für den Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland gehalten hat.

Die Gewerbehygiene steht ja besonders im engsten Zusammenhang mit der übrigen Gesundheitspflege. Leider schenkt man diesem dankbaren Gebiet der Gewerbehygiene besonders von den Städten noch nicht die Aufmerksamkeit, die es haben müßte. Als Quelle des gesunden staatlichen Lebens darf man an dieser Errungenschaft nicht vorübergehen, sondern hat die Verpflichtung, diesen Zweig auszubauen.

Die Gewerbehygiene hat im Vergleich mit den übrigen Zweigen der Gesundheitsfürsorge manche Besonderheiten.

Bei der Gewerbehygiene handelt es sich einmal um eine ganz bestimmte Klasse der Bevölkerung, nämlich nur die Arbeitnehmer werden von der Gewerbehygiene erfaßt, im Gegensatz zur sonstigen Gesundheitspflege. So ist z. B. die Tuberkulosebekämpfung Seuchenschutz und umfaßt alle Bevölkerungskreise gleichmäßig.

Weiter handelt es sich bei der Bekämpfung der gewerbehygienischen Schädigungen nicht um Bekämpfung naturgewollter Erscheinungen; es handelt sich vielmehr im allgemeinen um den Kampf gegen von Menschenhand geschaffene Schädlichkeiten, die mit der Entwicklung der modernen Industrie einhergehen. Es ist daher unsere Pflicht, denen einen Schutz angedeihen zu lassen, die die Opfer der modernen Industrie sind.

Eine besondere Spezialität der Schädlichkeiten liegt in der in weiten Kreisen bestehenden Auffassung von der Identität der Volkswirtschaft und der Privatwirtschaft. Die Volkswirtschaft ist nicht die Summe der einzelnen Privatwirtschaften. Privatwirtschaft ist vielmehr bis zu einem gewissen Grade der Gegensatz zu der Volkswirtschaft. An erster Stelle steht das „Soll“ und damit Steigerung der Produktion zu den finanziell günstigsten Bedingungen; auf der anderen Seite Verschleuderung der Arbeitskraft, Raubbau am Menschen. Deshalb haben wir als Hygieniker die Verpflichtung, den Gewerkschaften die Waffen in die Hand zu geben, die sie brauchen, um für die Arbeiterschaft das Notwendige zu erreichen. Die Hauptfrage ist die Arbeitszeit. Doch ist diese Frage vom gewerbehygienischen Standpunkt aus noch nicht endgültig zu lösen. Auch die Frage der Rationalisierung ist noch ziemlich unerforschtes Gebiet.

Nicht der Besitz an Land und mechanischen Produktionsmitteln stellt den Hauptreichtum einer Nation dar, sondern der wichtigste

Produktionsfaktor ist der Mensch selbst, in seiner Kraft, die man definieren kann als Gesundheit, Arbeitsfähigkeit, Intelligenz, Kulturzustand und Regenerationsvermögen.

Leider ist keine sinkende Tendenz der wirtschaftlichen Belastung durch Krankheiten zu verzeichnen. Die Krankenversicherung gibt jährlich 1 Milliarde Goldmark aus. Der für jedes Mitglied aufzuwendende Betrag hat sich seit 1914 fast verdoppelt; für die Heilung von Unfallschäden, die vorzeitige Invalidität bedeuten, werden täglich 1 Million Goldmark verausgabt. Keine Anzeichen für die Abnahme des Zuwachses an Rentnern sind zu verzeichnen. Die seit 50 Jahren geleistete Arbeit in der Krankenversicherung hat nicht vermocht, den fortschreitenden Schäden Einhalt zu gebieten. 2½ Milliarden Goldmark jährlich werden von den gesamten Versicherungen gezahlt, ¼ Milliarden Goldmark von den Gemeinden; das sind nicht produktive Ausgaben, sondern Reparaturkosten, um das wieder aufzubauen, was irgendwo verdorben ist.

Zur Vervollständigung des Bildes möchte ich anführen, daß neben der direkten Belastung der Volkswirtschaft durch Krankheit eine noch größere indirekte Belastung besteht: Produktionsausfall Erkrankter, die notwendigen Unterstützungen der Hinterbliebenen der durch Krankheit vor Erreichung des natürlichen Endes Dahingerafften erfordern ungeheure Summen, so daß der Gesamtverlust durch Krankheit und Tod auf jährlich 10 Milliarden geschätzt wird.

Man scheut leider mitunter die wirklich notwendigen Aufwendungen, um große Aufwendungen in Zukunft zu vermeiden.

Die Aufgaben der Gewerbehygiene werden eingeteilt:

1. nach den Schädlichkeiten;
2. nach den Berufen, in denen sich verschiedene Schädlichkeiten summieren können.

Zunächst einen Ueberblick über das Gesamtgebiet der Gewerbehygiene! Es gehören dazu die Fragen des Fabrikbaues, der Beleuchtung, Heizung, Lüftung, der Unfallverhütung, der ersten Unfallhilfe; Einfluß der Betriebsformen auf die Gesundheit der Arbeiter; Infektionskrankheiten; Nachtarbeit (z. B. Auswirkung der Nachtarbeit auf das Herz); Arbeit der Frauen und Jugendlichen; das Arbeitszeitproblem; gewerbliche Vergiftungen; andere Einflüsse wie Wärme und Feuchtigkeit, Preßluft, Elektrizität; allgemeine und gewerbliche Neubildungen; Herzerkrankungen; Schädlichkeiten für die oberen Luftwege, Lunge, Verdauungsorgane, Knochen und Gelenke, Nervenerkrankungen, Auge, Ohr, Haut haben ebenfalls enge Beziehungen zur Gewerbehygiene.

Sie wissen, daß vor kurzem ein Berufsausbildungs-

gesetz dem Reichstag vorgelegt worden ist. Die Lehrlingsausbildung war bisher nur in den §§ 126—132a der Gewerbeordnung geregelt. Es waren außerdem ganz unzulängliche Vorschriften im Handelsgesetzbuch. Darum ist eine gesetzliche Grundlage notwendig. Dazu einige ärztliche Gesichtspunkte: § 11 hält den Arbeitgeber an, den Jugendlichen im Benehmen mit den gesetzlichen Vertretern zu erziehen und seine Gesundheit zu bewahren, auch dadurch, daß ihm keine über seine Kräfte hinausgehenden Arbeiten zugewiesen werden sollen. Gesunde Unterkunft und ausreichende Kost wird verlangt. Den Arbeitgeber kann die Konzession auf Lehrlingshaltung entzogen werden, wenn er sich grober Verstöße schuldig macht. Es würde zu empfehlen sein, daß eine Bestimmung hineinkäme, daß die Entziehung der Konzession auf Lehrlingshaltung auch stattfindet, wenn fortgesetzt kleine Verstöße gegen die Paragraphen, zum Beispiel auch bei wiederholter Ueberschreitung der Arbeitszeit, vorkommen. — Eine große Gefahr für den heranwachsenden jungen Menschen ist die Gefahr der Vernichtung des gesetzlich vorgesehenen freien Nachmittags. Der freie Nachmittag darf nicht zur Erledigung der Fortbildungsarbeiten benützt werden, zum Beispiel dann, wenn der Jugendliche Sonntagsarbeit leisten muß. — Die Gewährung eines vierwöchigen Urlaubs ist der Regelung durch Berufsorganisationen vorbehalten. Ich hätte gewünscht, daß dieser vierwöchige Urlaub gesetzlich festgelegt würde. — Dann bestehen noch gewisse Gefahren, die nicht weniger wichtig sind. Es besteht die Gefahr der Benachteiligung der körperlich anderswertigen Menschen, dadurch, daß die Anforderungen an die einzelnen Jugendlichen bei der Berufswahl zu hoch gestellt werden. Das würde sich zwar für die Krankenkassen günstig auswirken, bedeutet aber eine Zurücksetzung der von Natur körperlich minderfähigen Menschen. Zum Beispiel wäre der Grobschmied nicht geeignet, die Arbeiten eines Uhrmachers zu verrichten und umgekehrt. Dabei ist doch jeder an seinem Platz vollwertig, in der Beurteilung der Arbeitsleistung anderswertig, aber keinesfalls minderwertig. Demnach ist bei der Auswahl des Berufs die körperliche Beschaffenheit zu beachten. Die Landesbehörden können für bestimmte Berufe ärztliche Untersuchungen und Eignungsprüfungen vorschreiben. Vom ärztlichen Standpunkt aus müssen die Gesellen auch Kenntnisse der Unfallverhütung, erste Hilfe bei Unglücksfällen und Kenntnisse der Arbeitsphysiologie besitzen.

In dem Arbeitsschutzgesetzentwurf ist auch ein berechtigter Schutz der Jugendlichen vorgesehen, namentlich der Kinder unter 14 Jahren. Gewerbliche Kinderarbeit ist vom biologischen Standpunkt aus ein Widerspruch in sich selbst. Es ist ein Vergehen gegen die Volksgesundheit an ihrer Wurzel, wenn Kinder zu gewerblicher Arbeit, ganz gleich welcher Art, herangezogen werden. Die Kinderarbeit hätte überhaupt verboten werden müssen. Schutz der Jugendlichen im Betrieb ist besonders not. Die Sterbeziffer unter den Kindern nach Verlassen der Schule steigt gegenüber den vorhergehenden Jahrgängen an. Während in der Vorkriegszeit für alle Altersklassen die Sterblichkeit zurückging, fiel doch die Hälfte aller

Todesfälle im Alter von 15 bis 20 Jahren auf Tuberkulose zurück. Die Gründe sind nur in der Zunahme von gewerblicher Arbeit zu suchen. Allerdings wirkt sich auch die Berufsausbildung bis zu einem gewissen Grade günstig aus. Noch im Anfang dieses Jahrhunderts waren von 45 Proz. der jugendlichen Männer wegen körperlicher (ein Drittel allgemeine Körperchwäche, zwei Drittel insbesondere Herz-, Lungen- und andere Krankheiten) und geistiger Mängel nicht tauglich. Den Kindern und Jugendlichen, den Erben einer schweren Gegenwart und belasteten Vergangenheit gebührt eine gesunde Entwicklung.

Nun zu der Frau im Beruf. „Die Frau ist die lebendige Trägerin des Fortentwicklungsgedankens und muß in diesem Sinne gewertet werden.“ Die erhöhte Inanspruchnahme des Körpers einer erwerbstätigen Frau bedingt eine erhöhte Sterblichkeit bis zum 50. Lebensjahr.

Es ist die Tragik der Frau, daß von ihrem ersten Eintritt in das Erwerbsleben ihre Arbeit als Hilfsarbeit, sogar als Minderarbeit selbst dort angesehen wird und dementsprechende Entlohnung findet, wo sie das gleiche wie der Mann erreicht. Es ist traurig, daß man in der Frau nur die körperlich Minderwertige sieht und nicht die körperlich Anderswertige.

Auch auf die Entwicklung der Säuglinge hat die Erwerbstätigkeit der Frau großen Einfluß. Die Säuglinge der tätigen Frauen sind anders geartet, schwächer usw. und sind größerer Sterblichkeit ausgesetzt, als die Säuglinge von Frauen, die in der Zeit der Schwangerschaft sich zu Hause die erforderliche Ruhe und Pflege gönnen können.

Im Jahre 1912 hat Hirsch Untersuchungen in der Textilindustrie angestellt, wonach zwei Drittel aller Arbeiter (800 000 Arbeiter) unverheiratete, verheiratete und verheiratet gewesene Frauen sind. Ueber 57 Prozent haben schulpflichtige Kinder. Besondere Art der Frauenarbeit: Sihen, Näharbeit, selten Fingerfertigkeit, Stehen, Nähmaschinenarbeit, größere Empfindlichkeit für gewerbliche Gifte.

Der Entwurf des Gesetzes über die Beschäftigung der Frau vor und nach der Niederkunft ist zweifellos als ein Fortschritt zu verzeichnen. Ausgenommen sind leider die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, deren Nebenbetrieben und in der Hauswirtschaft. Die Frau hat ein Recht, 6 Wochen vor der Niederkunft und 6 Wochen nach der Niederkunft die Arbeit zu verweigern, ohne daß sie hierdurch der Gefahr der Entlassung ausgesetzt ist. Besonders bemerkenswert sind die gesetzlich festgelegten Stillpausen während der Arbeitszeit. Bei Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses kann die Zeit nach der Niederkunft um 6 Wochen weiter verlängert werden. Der Lohn soll aber nur dann weitergezahlt werden, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist. — Der Wöchnerinnenschutz ist durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 in die deutsche Gesetzgebung eingeführt worden und erfährt nunmehr eine berechtigte Erweiterung.

Beteiligung der Gemeinden an der Bekämpfung gewerblicher Vergiftungen. Im Jahre 1925 sind

## 50 Jahre Fernsprecher in Deutschland

In diesen Tagen ist gerade ein halbes Jahrhundert verflossen, seit der Fernsprecher in Deutschland eingeführt worden ist. Die Geschichte dieses Verkehrsmittels, ohne das wir uns das öffentliche Leben heute gar nicht mehr vorstellen können, ist nicht viel älter.

1837 hatte der Amerikaner Page die Beobachtung gemacht, daß eine Eisenplatte, die in rascher Folge magnetisiert und entmagnetisiert wird, dumpfe Töne erzeugt. 1854 verband der Franzose Bourseul zwei vibrierende Platten mit einem dünnen Metalldraht und einer galvanischen Batterie, um Worte, die gegen die eine der beiden Platten gesprochen wurden, einem an der zweiten Platte lauschenden Ohre zu übermitteln. Auf ähnliche Weise vermochte bereits 1849 Meucci in Habana menschliche Worte auf eine Entfernung von mehreren Meilen vernehmbar zu machen. Auf dem gleichen Gebiete bewegten sich die Versuche des Engländers Dr. W. B. B. und des deutschen Arztes C. E. C. in Frankfurt a. M. im Jahre 1860. Den ersten Fernsprechapparat, der aus einem Geber und einem Empfänger bestand, baute 1861 Philipp Reis in Friedrichsdorf bei Homburg v. d. S. Er nannte seine Erfindung Telephon. Doch die Uebertragung der menschlichen Stimme mit dieser Einrichtung war noch recht unvollkommen, auch nach gewissen Verbesserungen, die Peates in Dublin an der Erfindung vorgenommen hatte.

Unabhängig von Reis und ohne dessen Versuche zu kennen, hatte der Amerikaner Alexander Graham Bell seit 1872 an der Erfindung eines Fernsprechers gearbeitet. Den er vier Jahre später in Boston zum Patent anmelden konnte. Sein Apparat war der erste

wirklich brauchbare Fernsprecher, und von ihm ging die Entwicklung des ganzen neuzeitlichen Fernsprechwesens aus. Schon im April 1877 wurde die erste dauernde Fernsprechleitung in Boston eröffnet.

Von Europa aus wurde die Entwicklung der Erfindung in Amerika aufmerksam beobachtet. Besonders war es der deutsche Generalpostmeister Heinrich von Stephan, der ihr, weil er ihre große Bedeutung von vornherein richtig erkannte, die größte Aufmerksamkeit widmete. Nachdem Anfang Oktober 1877 der „Scientific American“ eine mit Abbildungen geschmückte Beschreibung der Bellschen Telephone veröffentlicht hatte, begann bereits am 24. Oktober 1877 die deutsche Reichspost im Berliner Generaltelegraphenamte ihre Versuche mit dem Bellschen elektrischen Telephon. Schon eine Woche später, am 30. Oktober, wurde mit den ersten nach Deutschland gekommenen amerikanischen Fernsprechern von Berlin aus zum erstenmal nach auswärtig, und zwar nach dem benachbarten und heute zu Groß-Berlin gehörenden Vororte Schöneberg, und am folgenden Tage bereits über eine weitere Strecke, von Berlin nach Magdeburg, telephonierte.

Am 3. November feierte man in Kiel aus Anlaß der Vollendung des ersten von Heinrich von Stephan geplanten Telegraphennetzes das sogenannte Kabeifest. Dieses Netz, das Mainz, Frankfurt a. M., Kassel, Halle, Leipzig, Magdeburg, Spandau, Hamburg, Kiel und Berlin miteinander verband, umfaßte 1477 Kilometer Kabel, meist mit sieben Adern. Auf dem Kabeifest wurden die Bellschen Telephone, an denen Werner Siemens inzwischen gewisse Verbesserungen vorgenommen hatte, zuerst öffentlich vorgeführt.

Zur Fortleitung des Schalles wurden damals noch die Tele-

gewisse gewerbliche Vergiftungen in das Unfallversicherungsgesetz einbezogen. Alle Bleivergiftungen gelten zum Beispiel als Unfälle und sind versicherungspflichtig. Wir haben ein Interesse daran, diese Vergiftungen zu erforschen. Die Kommunen können auch dafür eintreten, weil auch sie das größte wirtschaftliche Interesse an der Beseitigung der Unfallschädigungen haben.

Wie die Städte mitarbeiten können, dafür ein Beispiel in Magdeburg. Wir haben hier im Krankenhaus eine gewerbehygienische Beratungsstelle eingerichtet. Diese Stelle kann von jedem Arbeitnehmer in Anspruch genommen werden, der glaubt, an einer gewerblichen Vergiftung zu leiden. Die Untersuchung erfolgt von spezialistisch vorgebildeten Ärzten. Diese Beratungsstelle hat die Aufgabe, die Ursachen der Vergiftungen aufzuklären.

Um all diesen Dingen ebenfalls vorzubeugen, wird als erste wichtigste Maßnahme ein schularztlicher Dienst an der gewerblichen Fortbildungsschule eingerichtet, um die heranwachsende Jugend zu beobachten, weil auch hier schon Vergiftungen aufgetreten sind.

## Die soziale Bedeutung genossenschaftlicher Wirtschaftsführung

Die nach den Grundsätzen der Rochdaler Pioniere errichteten Konsumgenossenschaften in aller Herren Länder können das unbedingte Verdienst in Anspruch nehmen, die Barzahlung an Stelle des Borgsystems gesetzt zu haben. Millionen von Arbeiterhaushaltungen waren dem Händler und dem Wirt und durch die Fabrikantine dem Unternehmer verschuldet. Dies schuf nicht nur materielle, sondern auch moralische Abhängigkeit. Und wer noch etwas von der Zeit vor 40 bis 50 Jahren kennt, weiß, wie gedrückt es in den Arbeiterhaushaltungen zuzuging, wo der Pump die Hausfrau nicht zum Aufatmen kommen ließ und wo der Arbeiter devot vor Meister und Unternehmer stand, dem er seine Arbeitskraft als Produzent und als Konsument, also zweimal verkauft hatte.

Wenn dies heute ganz anders geworden ist, so hat man es neben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung dem Grundsatz der Barzahlung in den Konsumgenossenschaften zu danken. Und frei bewegt sich, wenn auch allzu oft entsprechend der allgemeinen Not der Zeit in dürftigen Verhältnissen, Weib und Mann, zu Hause, in Werkstatt und Fabrik. Ein unbedingter volkswirtschaftlicher und sozialer, kultureller Gewinn für die Gesamtheit eines Volkes. Er ist erzielt worden durch die Beseitigung des Borgsystems, durch die Erzielung von Ersparnissen mittels Barzahlung im „Konsum“, durch die automatische Regulierung der allgemeinen Warenpreise, soweit sie durch das Warenverteilungssystem der Konsumgenossenschaften einer vergleichbaren Kontrolle unterworfen waren und heute noch sind.

Es sind einige Milliarden Reichsmark, die in den letzten 25-30 Jahren der deutschen Volkswirtschaft erspart geblieben sind und welche mit dazu beitragen, das soziale Niveau des Volkes zu heben.

graphenleitungen benutzt, also auch die Kabel, die man auf dem Rabelfest in folgendem Sinn spruch feierte:

Von Kupferdraht die Seele,  
Die Hülle ohne Fehle,  
Mit Tute dicht umponnen,  
Von Asphalt heiß durchronnen,  
Mit Eisen fest umwoben,  
So soll's den Meister loben.

Aber bald darauf machte sich das Telephon vom Telegraphen unabhängig. Schon am 5. November 1877 wurde in Berlin die erste selbständige Fernsprecheitung zwischen dem Bureau Stephans und dem des Generalkommunikationsdirektors gelegt und eine Woche später, am 12. November, wurde zwischen Kummelsburg und Friedrichsberg bei Berlin die erste dauernde deutsche Telephonverbindung zwischen zwei Orten in Betrieb genommen.

Was Stephan schon damals erstrebte, hat Werner Siemens in einem Briefe an seinen Bruder Karl bereits am 30. Oktober 1877 klar in die Worte zusammengefaßt: „Stephan hat vor, jedem Berliner Bürger womöglich ein Telephon zu jedem anderen zur Disposition zu stellen.“ Nun wird Stephan wahrscheinlich noch weiter gedacht und nicht nur die Berliner Bürger, sondern ganz Deutschland im Auge gehabt haben.

Um noch intensiver für das Telephon Stimmung zu machen und zu werben, wies Stephan am 9. November 1877 in einer Eingabe den Reichskanzler Fürst Bismarck auf die große Zukunft des Fernsprechers für die menschliche Gesellschaft hin und knüpfte daran die Bitte, daß auf dessen Schloß Warzin ein Telephon installiert werde. Bismarck ging darauf ein, und schon zwei Tage später wurde der Plan ausgeführt. Der Reichskanzler erhielt am 11. November 1877 in Warzin sein Telephon. Dieser Vor-

gang erregte das von Stephan erhoffte große Aufsehen und machte den Fernsprecher in Deutschland mit einem Schlage volkstümlich. Natürlich bemächtigten sich auch die Witzblätter dieses dankbaren Stoffes. So brachte der „Kladderadatsch“ eine Zeichnung, auf der ein großes Ohr mit den drei historischen Haaren des Kanzlers und einem Glockenzug (bitte stark zu klingeln!) nach Warzin zu sehen ist, in das ein halbes Duzend Abgeordnete sprechen. Als Text steht unter der Zeichnung: „Das neuerfundene Telephon arbeitet so vortrefflich, daß man beabsichtigen soll, durch dasselbe eine Verbindung zwischen dem Abgeordnetenhaus und Warzin herzustellen. Dann gute Nacht, Kanzlersruh!“

Welches starke Interesse die Öffentlichkeit der neuen Einrichtung entgegenbrachte, ergibt sich aus einem anderen Briefe von Werner Siemens an seinen Bruder Wilhelm in London vom 19. November 1877, worin er hervorhebt: „Der Telephonischwindel (!) ist jetzt in Deutschland in voller Blüte. . . Heute sind etwa 100 Briefe, welche Lieferungen von Telephonen verlangen, eingegangen, und so geht es täglich. Dazu die Berliner, die unser Geschäft vollständig belagern, und alle guten Freunde, welche es bei uns sehen und darüber schwärzen wollen!“ Diesem Bedürfnis kam Werner Siemens am 3. Dezember 1877 entgegen, indem er im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes in Berlin den ersten öffentlichen Vortrag über das neue Telephon hielt.

Auch das Ausland wurde aufmerksam, und Mitte November mußte Werner Siemens vier Telephone nach Petersburg senden, die ersten Apparate dieser Art, die nach Rußland gekommen sind. 1878 erhielten London und 1879 Paris ein städtisches Fernsprechnetz. In Deutschland breiteten sich die

Diese Wirkung der Konsumgenossenschaftlichen Unternehmungsform wird sich in einigen Jahren auch an der durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft zeigen. Wie ja allmählich auch jetzt schon bekannt ist, daß in all dem Wirrwarr der Nachkriegs- und Inflationszeit die Konsumgenossenschaften am besten standgehalten haben und den nützlichsten Helfer für die großen Verbrauchermassen bildeten. Aber noch auf einem anderen, leider nur allzu wenig beachteten und geschätzten Gebiete erweist sich die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung. Es ist sozusagen tarifnotorisch, daß die Angestellten- und Arbeiterverhältnisse in den Konsumgenossenschaften im Durchschnitt auf wesentlich höherem Niveau stehen, als in der Privatwirtschaft. Dies gilt sowohl vom reinen Einkommen, wie von der Arbeits- und Urlaubszeit. Ueberall sind in den Konsumgenossenschaften Gehalt und Löhne höher als im vergleichbaren Privatbetrieb; nirgends wird die 48-Stunden-Woche überschritten, ja für manche Arbeiterkategorien in den Konsumgenossenschaften besteht die 45- bis 46stündige Arbeitszeit. Und wie müssen die Gewerkschaften großer Branchen kämpfen, um die 48-Stunden-Woche wieder zu gewinnen, die der Unternehmer in den schlechten Konjunkturjahren bis auf 54 Stunden hinaufgeschraubt hat — ohne höhere Löhne zu zahlen, als sie bei den Konsumgenossenschaften gezahlt werden. Vom Urlaub nicht zu reden, der im Genossenschaftsbetrieb verbürgte Selbstverständlichkeit ist, im Privatbetrieb — Seltenheit.

Diese Tatsachen bedeuten aber nicht nur unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Nutzen für etwa 50 000 Angestellten- und Arbeiterfamilien, obwohl es einen keineswegs klein zu achtenden Erfolg der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsführung bedeutet, denn in der Summierung bedeutet er Millionen. Die entscheidende soziale Bedeutung für die Bewertung dieser Tatsachen liegt darin, daß den Gewerkschaften im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen außer den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Argumenten die Tatsache zur Seite steht, daß eine in stärkster wirtschaftlicher Konkurrenz stehende Wirtschaftsform bereits vorbildliche Arbeitsverhältnisse besitzt. Weil es eine demokratische Wirtschaftsform ist.

Und man darf den geistigen Einfluß dieser Tatsache nicht unterschätzen. Man muß ihn stärken, indem man die Konsumgenossenschaften stärkt; indem man ihnen durch fortwährende Steigerung ihrer Warenumsätze und ihrer wirtschaftlichen Leistungen einen maßgebenden Einfluß als Vorbild auf dem Gebiet des Arbeitsverhältnisses verschafft. Dann vertieft sich ihre soziale Bedeutung erst recht. Im Interesse des Volksganzen. ff.

Die Wanderschaft ist die Bienenfahrt nach dem Honigtau des Erdenlebens. An lieblichen Erinnerungen, seligen Gefühlen, würdigen Gedanken und huldvollen Augenblicken überladet sich keiner; jubelnd trägt man nicht ein. Das spätere Sighaben und Heimleben will etwas zu zehren haben. J a h n.

gang erregte das von Stephan erhoffte große Aufsehen und machte den Fernsprecher in Deutschland mit einem Schlage volkstümlich.

Natürlich bemächtigten sich auch die Witzblätter dieses dankbaren Stoffes. So brachte der „Kladderadatsch“ eine Zeichnung, auf der ein großes Ohr mit den drei historischen Haaren des Kanzlers und einem Glockenzug (bitte stark zu klingeln!) nach Warzin zu sehen ist, in das ein halbes Duzend Abgeordnete sprechen. Als Text steht unter der Zeichnung: „Das neuerfundene Telephon arbeitet so vortrefflich, daß man beabsichtigen soll, durch dasselbe eine Verbindung zwischen dem Abgeordnetenhaus und Warzin herzustellen. Dann gute Nacht, Kanzlersruh!“

Welches starke Interesse die Öffentlichkeit der neuen Einrichtung entgegenbrachte, ergibt sich aus einem anderen Briefe von Werner Siemens an seinen Bruder Wilhelm in London vom 19. November 1877, worin er hervorhebt: „Der Telephonischwindel (!) ist jetzt in Deutschland in voller Blüte. . . Heute sind etwa 100 Briefe, welche Lieferungen von Telephonen verlangen, eingegangen, und so geht es täglich. Dazu die Berliner, die unser Geschäft vollständig belagern, und alle guten Freunde, welche es bei uns sehen und darüber schwärzen wollen!“ Diesem Bedürfnis kam Werner Siemens am 3. Dezember 1877 entgegen, indem er im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes in Berlin den ersten öffentlichen Vortrag über das neue Telephon hielt.

Auch das Ausland wurde aufmerksam, und Mitte November mußte Werner Siemens vier Telephone nach Petersburg senden, die ersten Apparate dieser Art, die nach Rußland gekommen sind. 1878 erhielten London und 1879 Paris ein städtisches Fernsprechnetz. In Deutschland breiteten sich die

# Für die Frauen

## Ein Besuch bei den Wiener Arbeiterfrauen

Was sie uns erzählten.

Unvergeßlich bleiben mir jene Tage, in denen wir die in den Bezirken der sozialistisch regierten Stadt Wien hochaufragerden mächtigen, wundervollen und zweckmäßigen Wohnungsbauwerke durchstreiften. Bei diesen Besichtigungen ließen wir auch nicht die Gelegenheit vorübergehen, uns mit den Arbeiterfrauen, die die glücklichen Mieter der von der Gemeinde Wien durch ihre vorzüglich getriebene Politik auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft in wenigen Jahren errichteten Volkswohnungen sind, zu unterhalten.

Und was erzählten sie uns? Ich sehe noch deutlich eine ältere Frau vor mir stehen, die mit bewegter Gebärde ihrer Freude darüber Ausdruck gab, daß ihr Wunsch, aus ihrem alten, lichtlosen Loch herauszukommen und in eine helle, freundliche und geräumige Wohnung überzusiedeln, endlich erfüllt worden sei. Wie sagte sie doch? „Wir fühlen uns wie neugeboren. Unsere Wohnung ist kein gedrängter, dunkler Winkel mehr. Wir sehen wieder den Himmel über uns, die Sonne wärmt unsere Zimmer. Wir können uns zu Hause wieder heimisch fühlen. Wir sind glücklich.“ Die Worte dieser Arbeiterfrau konnte ich so ganz erfüllen, als wir uns später in einer so richtigen typischen Wiener, vor dem Krieg erbauten, Mietskasernen aufhielten. Dieser Menschheitschande wird mit energischen Griffen von sozialistischen Vertretern Wiens, die sich stützen können auf eine rote Mehrheit der Bevölkerung, zu Leibe gegangen. Ich möchte nur erwähnen, daß vor dem Zusammenbruch des bürgerlichen Regimes die Zahl der Familien, die nur in einem halben bis eineinhalb Raum wohnten, fast 75 Prozent ausmachten. Und warum? Weil die Miete nicht zu erschwingen war. Schon für eine derartig kleine „Wohnung“ mußte der Arbeiter ein Fünftel seines verdienten Lohnes hingeben. Ein Aufatmen geht durch die Leiber derjenigen, die heute den alten Wohnverhältnissen den Rücken kehren und in den Genuß moderner Wohnungskultur kommen können. Durch die rastlose Tätigkeit, die das sozialistische Wiener Gemeindepament entfaltete, war es möglich, in den zurückliegenden vier Jahren 25 000 Neubauwohnungen zu errichten. Das bedeutet, daß 25 000 Familien eine neue Wohnstätte fanden. Und in den nächsten fünf Jahren werden abermals 30 000 Wohnungen entstehen. Dann werden wieder 30 000 Familien ein neues Heim erhalten.

Finden die Familien in diesen von der Gemeinde Wien erbauten Volkswohnhäusern wirklich die ersehnte neue Welt? Ja! Wie sehen nun die neuen Verhältnisse aus? Den Einblick, den wir in die neuen Verhältnisse tun konnten, verdanken wir der Freundlichkeit und Bereitwilligkeit der Wiener Frauen. Sie zeigten uns gerne ihre Wohnungen und machten uns auf all das, was ihnen ans Herz gewachsen ist, aufmerksam.

Jede Wohnung hat einen oder mehrere der Besonnung ausgesetzte Räume. Alle Fenster führen ins Freie. Die Küchen sind sämtlich als Bohnküchen ausgebildet. Als Kochstelle dient ein Gasherd mit Bratrohr, Nachwärmestelle, Abstellplatten und Tellerwärmer. Die Hausfrau braucht sich nicht mehr mit Ruß und Asche ärgern. Zu bemerken ist, daß der Gaspreis in Wien sehr billig ist, da die Gemeinde Wien das Gas zu den Herstellungskosten abgibt. In einer Spüle, die von der Küche aus zugänglich ist, können Fleisch, Gemüse und Geschirr gewaschen werden. Ein ein- oder mehrteiliger Abwaschtrog mit direktem Wasserzufluß ist hierfür vorhanden. Die Räume besitzen dreiteilige Fenster. Der Abort befindet sich innerhalb des Wohnungsverbandes. Die Beleuchtung ist elektrisch. Die Gasmesser und Stromzähler befinden sich nicht in der Wohnung, sondern in auf dem Treppentur eingebauten Nischen. Die Abnehmer brauchen daher nicht die Wohnung der Mieter betreten.

In den größeren Volkswohnhäusern befinden sich auch auf das modernste eingerichtete Waschküchen. Alles ist dort vorhanden. Dampfwaschfessel, fließendes kaltes und warmes Wasser, Waschtroge, Waschmaschinen, Zentrifugen, Trockenapparate, Einsprichvorrichtungen und Mangeln. Alle Maschinen werden elektrisch betrieben. Die Frauen erzählten uns, daß sie ihre Wäsche von vier Wochen in vier bis fünf Stunden gewaschen, getrocknet und auch gemangelt haben. Eine Frau, darüber befragt, ob ihr diese neue Einrichtung auch zusage, antwortete: „Am Waschtage brauchen wir uns nicht mehr plagen. Er ist nicht mehr unser Schrecken.“

Auch Badeanlagen, versehen mit Brause- und Wannenzellen, getrennt nach Geschlechtern angelegt, sind vorhanden. Sie werden von den Bewohnern der Volkswohnhäuser stark benutzt.

Um die Reinigung der Treppen brauchen sich die Frauen nicht kümmern. Die Reinigung erfolgt von eigens hierzu verpflichteten Personen. Und ohne Sorgen können die Eltern die Kinder zum Spielen aus der Wohnung lassen. In den mächtigen Höfen, die mit schmuckem Rasen, Blumenbeeten, Sträuchern und Bäumen ausgestattet sind, können sich die Kinder auf den besonderen Spielplätzen tummeln. Kein Auto, kein sonstiges Fuhrwerk bringt Gefahr für die Kinder. Auch Planschbecken sind vorhanden. Für die Kinder bedeutet dies großen Spaß. Und im Winter dienen sie ihnen als Eislaufplatz. Weiter sind zahlreiche Bänke in diesen Gartenhöfen aufgestellt. In den freien Stunden und in schönen Tagen sind sie begehrte Aufenthalts- und Ruheplätze der von der Hast und der Arbeit des Tages abgemühten Frauen und Männer.

Auch die Frauen, die mit auf Arbeit gehen müssen, können unbesorgt ihre Kinder zurücklassen. In den Volkswohnhäusern sind nämlich auch Kindergärten für die kleinen und Horte für die größeren Kinder eingerichtet. Die Kinder stehen unter der Aufsicht von sachkundigen Personen. Sie werden unterhalten, belehrt, können ihre Schulaufgaben machen und werden auch in den meisten Fällen unentgeltlich gespeist. Den Mietern stehen in den Volkswohnhäusern auch Lesezimmer, kleine Vortragsäle zur Benutzung offen. Des öfteren sind auch Bibliotheken untergebracht.

Ortsnehe seit 1881 aus; Berlin hat damit den Anfang gemacht. Freilich wurde damals auch von manchen Seiten vor einer Ueberschätzung des neuen Verkehrsmittels gewarnt. So schrieb ein Blatt in der ersten Zeit des Telephons: „Die gewöhnlichen Telegraphendrähte werden sich wohl schwerlich zu diplomatischer Anwendung des Telephons eignen, da an jeder beliebigen Stelle der Leitung ein Unberufener sein Hörrohr anlegen und auf diese Weise leicht hinter die wichtigsten Geheimnisse kommen könnte.“ Aber gegen derartige Gefahren verstand man sich doch zu sichern, so daß sich die Befürchtungen nicht bestätigt haben. — Auch die in dem folgenden Zeitgedicht, das nach der Einführung des von Hughes konstruierten Mikrophons in das moderne Fernsprechwesen 1878 erschien, geäußerten Sorgen müssen mindestens als weit übertrieben bezeichnet werden:

Ich sitz am Mikrophone  
Und lausche der Natur,  
Ich hör', wodon ich früher  
Auch nicht gehört die Spur.  
Die leisesten Geräusche,  
Die die Natur sonst barg,

Die höre ich auf einmal  
Ganz deutlich und ganz stark.  
Ich habe neu gewaffnet  
Den Schallempfindungsinn,  
Und der Begriff des Zarten,  
Er ist für mich dahin.

Dagegen ist das wahr geworden, was in einem Gedichtchen von Karl Frischen aus dem Jahre 1877 ausgesprochen wurde, wenigstens in seinem ersten Teil:

Das Neuste auf dem neuen Feld  
Hat jetzt erblickt das Licht der  
Welt,

Es spricht nun auch der biedre  
Britte  
Nach China, nach dem Reich der  
Mittel

Seit man auch auf dem Telephon  
Versuche macht mit Translation;

Und was er englisch sprach zuletzt,  
Der Telephon hat's überseht.

Soweit, daß „der Telephon“ aus dem Englischen Chinesisch macht, haben wir es freilich noch nicht gebracht.

Abgesehen davon bedeuten aber die hinter uns liegenden ersten 50 Jahre Telephon einen Siegeszug des Fernsprechers durch die ganze Welt. Heute beträgt die Zahl der Sprechstellen auf der Erde über 21 Millionen. Davon kommen fast zwei Drittel auf die Vereinigten Staaten, über ein Viertel auf Europa und der Rest auf die übrigen Erdteile. Von den 4,5 Millionen Sprechstellen Europas entfällt über ein Drittel auf Deutschland, das damit an erster Stelle marschiert. Ihm folgen Großbritannien mit 18½, Frankreich mit 9, Schweden mit 7, Dänemark mit 5 und die übrigen Länder mit 26½ Proz. aller europäischen Fernsprechstellen.

„Wem konnte es einfallen,“ sagt Helmholz, „als Galvani Froschschenkel mit verschiedenartigen Metallen berührte und sie zucken sah, daß 80 Jahre später Europa mit Drähten durchzogen sein würde, welche Nachrichten mit Blitzesschnelle von Madrid nach Petersburg tragen mittels desselben Vorganges, dessen erste Neubelegungen der genannte Anatom beobachtete.“

Dabei hatte Helmholz die Telegraphie im Auge, die Derstedt zutreffend als die Schreibkunst mit dem Blitz bezeichnete. Jedenfalls ist aber auch die Entwicklung ihrer jüngeren Schwester, der Telephonie, des Fernsprechers, ein im wahrsten Sinne des Wortes rebender und sprechender Beweis für die riesenhafte technische Entwicklung, die die neue Zeit erlebte und die die Menschheit auch heute noch ununterbrochen in Atem hält und vorwärtspeitscht.

Die Gemeinde Wien sieht darauf, bei jeder Neuerrichtung von Volkswohnhäusern die Einrichtungen zu verbessern und zu erweitern. Man will das Beste geben.

Und wie hoch sind die Mieten in den von der Gemeinde Wien erbauten Volkswohnhäusern? Eine Arbeiterfrau, darüber befragt, antwortete uns: „Vor dem Kriege mußten wir jeden Heller auf die Seite legen, damit wir am Monatsersten unsere Miete bezahlen konnten. Ja, wir mußten sogar einen Schlafgänger halten, sonst hätten wir die Miete nicht zusammengebracht. Heute können wir ruhig den Monatsersten abwarten. Die Miete, die wir bezahlen müssen, ist sehr billig. Ich zahle für meine Wohnung, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, inklusive für Treppenbefeuchtung und Reinigung, Waschlüchbenutzung usw. mit der Wohnbausteuer 15 Schilling (gleich 9 Mark).“ Aus den statistischen Unterlagen, die ich mir verschaffen konnte, erlah ich, daß die Miete oft zum Teil noch billiger ist.

Dieser kleine Bericht läßt erkennen, daß es der positiven Aufbauarbeit der Wiener sozialistischen Stadtväter gelungen ist, das Leben und das Wohnen der Arbeiterfrauen, d. h. der arbeitenden Bevölkerung überhaupt, erheblich zu verbessern. Daß es den Arbeiterfrauen, der Arbeiterschaft Wiens heute besser geht, ist letzten Endes ihr eigenes Werk. Sie standen ihren Mann in dem Kampf um die Eroberung der Verwaltung der Gemeinde Wien.

Stellt auch ihr deutschen Arbeiterfrauen euren Mann. Seid auch ihr Kämpferinnen. Dann werden auch bei uns und für euch die Erfolge nicht ausbleiben. Denn unsere Forderungen und Wünsche können nur in Erfüllung gehen durch eure Mitarbeit in der proletarischen Bewegung.

G. P.

## Bildungsarbeit

### Die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin

Am 3. Oktober d. J. fand im Rathaus zu Berlin-Schmargendorf die Eröffnung des diesjährigen Kurses der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung statt. Der frühere Handelsminister Siering hat diese Schule gefördert, und die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen haben sich in den Dienst der Sache gestellt, indem sie die Mittel zum Unterhalt der Schüler gewährten. Die Stadt Berlin ihrerseits stellte die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung, um die Schule unterzubringen. So war es möglich, daß schon im Jahre 1922 in Berlin (wie auch in Düsseldorf) die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung eröffnet werden konnte. Während der Installationszeit war die Berliner Schule leider gezwungen, ihre Pforten zu schließen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse gebessert, so daß die Schule im Vorjahre wieder eröffnet werden konnte. Die staatlichen Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung sind eine Schöpfung aus der nachrevolutionären Zeit. Sie sind nur möglich geworden auf dem Boden des Staates, der im November 1918 geboren wurde. Dieser neue Staat braucht für seine Aufgaben neue Menschen. Sie heranzubilden, ist eine Aufgabe des Staates selbst. Wir haben das System der Betriebsräte, es fehlen noch die Wirtschaftsräte und die Arbeiterkammern mit geeigneter Besetzung sowie noch zahllose andere Einrichtungen, um der neuen Wirtschaft in der jungen Republik einen sozialen und demokratischen Charakter zu verleihen. Dazu müssen Menschen herangebildet werden, die die Träger sein sollen, und dazu tragen die staatlichen Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung mit bei. Die Frage ist: Wie kommen die Arbeiter zu dem Verständnis? Wer an der Hobelbank oder an Schraubstock steht, von dem kann man nicht verlangen, daß er ein höheres wirtschaftliches Verständnis hat. Es ist daher eine öffentliche Aufgabe, nach Kräften dazu beizutragen, daß befähigten Teilen der Arbeiterschaft die Möglichkeit gegeben wird, sich wirtschaftliches Wissen und rechtliche Kenntnisse sowie Einblick in die Verwaltung anzueignen. Aus dieser Erkenntnis heraus haben ja Gewerkschaften und politische Organisationen schon vor dem Kriege ein umfangreiches Bildungswesen geschaffen, während der Staat auf dem Gebiete zunächst keine Bildungseinrichtungen getroffen hatte. Mit der Gründung dieser Schule konnte auch diese Lücke ausgefüllt werden. Die Schule wendet sich an Personen beiderlei Geschlechts, die bereits längere Zeit im Berufsleben gestanden und die durch eigene Arbeit und Lebenserfahrung das durch die Volksschule und die Berufsausbildung gewonnene Wissen vertieft haben. Ihnen will die Berliner Wirtschaftsschule die Grundlagen einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bildung vermitteln. Bei der Absteckung des Unterrichtsgebietes kann es sich nicht darum handeln, dem Arbeiter irgend welche wünschens- und wissenswerte Kenntnisse aus beliebigen Wissens-

gebieten in bunter und zusammenhangloser Folge, je nach vor-handenen Wünschen und Verwirklichungsmöglichkeiten zu geben, sondern jede Arbeiterbildung muß ausgehen von der Lebensgrundlage und dem Erfahrungsmaterial des Arbeiters, der von der Bildungsbewegung erfaßt wird. Als Wirtschaftender ist der Arbeiter eingegliedert in eine Volkswirtschaft, so daß volkswirtschaftliche Unterweisung nottut. Die beiden großen Gebiete der Volkswirtschaft, allgemeine und praktische Volkswirtschaft, wobei letztere in dem Vordergrund steht, ist Aufgabe der Schule. Außerdem zählen auch Handelspolitik, Wohlfahrtspflege, Sozialpolitik zum Unterrichtsgebiet, ferner die verschiedenen Unterabteilungen des Rechts, wie: Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Arbeitsrecht als Spezialgebiete. Als Dozenten wirken mit: Dr. Ernst Rößling (gleichzeitig Leiter der Schule), Koske, Regierungsrat Woldt, Dr. Fiatow, Rörpel und Dr. Hauf. Des weiteren werden für einzelne Fragen sachverständige Mitarbeiter aus den verschiedenen Berufen und Organisationen herangezogen.

Im diesjährigen Kursus sind 43 Schüler und 4 Schülerinnen aus allen Gauen Deutschlands vertreten. Unserem Verband gehört ein Kollege aus Berlin, einer aus Oschersleben und einer aus Halle an der Saale an.

D. Gottschalk.

### Betriebsräte

Betriebsratsmitglieder, die der wieder aufgelösten Ersatzpolizei angehört, konnten auch ohne Zustimmung des Betriebsrats entlassen werden. Die Ersatzpolizei wurde 1923 ins Leben gerufen, um an Stelle der von den Franzosen ausgewiesenen Polizei eine neue Polizei zu bilden. Diese Polizei hatte allerdings dieselben Zwecke zu verfolgen wie die Sicherheitspolizei. Von einer Stilllegung des Polizeibetriebes im weiteren Sinne kann darum nicht gesprochen werden. Denn die Tätigkeit der Polizei hat durch die Einstellung der Ersatzpolizei nicht aufgehört und auch keine Unterbrechung erfahren. Die Ersatzpolizei ist nur gebildet worden, weil die Sicherheitspolizei ausgewiesen wurde. Als dann später die alte Sicherheitspolizei nach dem Abzug der Franzosen wiederkam, hat der Minister des Innern die Ersatzpolizei aufgelöst. Damit wurde aber der Betrieb der Ersatzpolizei stillgelegt, weil der Zweck, um dessentwillen sie geschaffen war, fortfiel. Es handelt sich bei dieser Stilllegung um eine Stilllegung eines in sich selbständigen Teiles des Polizeibetriebes. — Dem steht auch nicht entgegen, daß der Kläger zuletzt in Betrieben beschäftigt war, die nicht zu dem aufgelösten Betriebe gehörten. Denn wie die Personalakten des Klägers ergeben, lag die Verletzung von der Polizeikasse zum Einwohnermeldeamt in der Person des Klägers. Es ist nicht richtig, wenn der Kläger meint, daß seine Entlassung nicht erforderlich gewesen sei. Der Kläger ist aus dem besonderen Etat der Ersatzpolizei entlohnt worden. Mit der Auflösung der Ersatzpolizei mußte auch ihr Etat aufgelöst werden. Der Kläger hat keinen Anspruch darauf, daß um seinerwillen der Etat weitergeführt wird oder daß er aus einem anderen Etat besoldet wird. (Landgericht Essen, 6. Zivilkammer, Urteil vom 26. März 1927, 6 O 113/26, Juristische Wochenschrift 1927, S. 2389.)

### Reichs- und Staatsarbeiter

Wie steht es mit den Verhandlungen für die Reichsarbeiter? Am 22. Oktober 1927 war die von den Gewerkschaften gewünschte persönliche Besprechung mit dem Reichsfinanzminister. Diese hat auch diesmal noch zu keiner endgültigen Klärung geführt. Der Reichsfinanzminister verlangte vielmehr, daß ihm das von dem Kollegen Stetter anlässlich der Besprechung vorgelegene umfangreiche Zahlenmaterial über die derzeitige wirtschaftliche Lage unserer Reichs- und Staatsarbeiter noch schriftlich übermittelt würde. Das ist dann auch von den Organisationen im Anschluß an diese Besprechung sofort geschehen. Wir werden nun die weitere Stellungnahme des Ministeriums abwarten müssen. Es hat allerdings den Anschein, als ob diese Stellungnahme durch die gegenwärtigen Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages über die Beamtensoldatenreform wesentlich verzögert werde; denn der Finanzminister wies bei der Besprechung ganz besonders darauf hin, daß ja noch kein Mensch wisse, wie die Befolgsordnung nach ihrer endgültigen Verabschiedung aussehen werde. Bemerkten wollen wir noch, daß durch diese Verzögerung der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium auch die Lohnregelung der Wasserbau- und preussischen Staatsarbeiter hinausgeschoben wird.

**Potsdam.** In der gut besuchten Monatsversammlung der Reichs- und Staatsarbeiter wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Reichs- und Staatsarbeiter Potsdams haben mit Entrüstung Kenntnis genommen, daß bei Lohnverhandlungen sich die Regierungen von den Plänen der Reichsbahngesellschaft leiten lassen. Da das Reich bzw. der Staat unsere Arbeitgeber sind, verlangen wir, dafür zu sorgen, daß wir aus dem Schlepptau der reaktionären Reichsbahngesellschaft kommen. Es ist die höchste Zeit, daß diese unwürdigen Zustände verschwinden.

Die Regierungen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch ihre Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können. Wir verlangen auch für Potsdam eine Erhöhung der Löhne sowie Erhöhung der Ortslohnzulagen. Potsdam ist keine Industriestadt, aber eine Fremden- und Ausflugsstadt mit sehr teurem Pflaster. Lebensmittel und Bedarfsartikel sind bedeutend teurer als in Berlin, und wir hoffen, daß unser redliches Verlangen nicht bloß ein Wunsch bleibt.

**Kraiburg am Inn.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 18. Oktober 1927 referierte Kollege Weingart (München) über die Versorgungskasse der bayerischen Staatsarbeiter. Es folgte dann eine Berichterstattung über den gegenwärtigen Stand der Staatsarbeiterlöhne sowie über die Betriebsrätekonferenz in Regensburg, die von mehr denn hundert Delegierten besucht war. Zum Schluß wies Kollege Weingart noch informierend auf die Arbeitsgerichte, sowie auf das Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsgesetz hin. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

### Aus unserer Bewegung

**Dresden.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 26. Oktober 1927 gab Kollege Förster einen Bericht von der Tagung des Verbandsbeirates, dessen Ausgang allgemein auf Zustimmung stieß. Nur wurde bedauert, daß die Verschmelzungsverhandlungen nicht weitergediehen sind. Besondere Kritik forderte die Haltung der Mehrheit des Verbandsbeirates zur Kündigung des Reichsmanteltarifes der Gemeindegewerkschaften heraus. Die Dresdener Mitgliedschaft gab zum Ausdruck, daß nach ihrer Auffassung eine Kündigung des Reichsmanteltarifes der Gemeindegewerkschaften notwendig wäre, um die in den früheren Jahren eingeleiteten besseren Tarifbestimmungen wieder zu erkämpfen und die früher auf der Landesversammlung in Leipzig gefaßten Beschlüsse wegen Verfüzung der Arbeitszeit zur Durchführung zu bringen. Eine entsprechende Entschliebung fand Annahme. Weiter machte Kollege Förster Mitteilung von dem Stand der Lohnverhandlungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Reichsarbeiter. Während die Verhandlungen über die beiden letzten Gruppen leider immer noch schweben, ist für die Gemeindegewerkschaften eine zwischentarifliche Regelung dergestalt getroffen worden, daß eine Wirtschaftsbefähigung zur Auszahlung kommen soll. — Kollege Heider gab den Kassensbericht vom 3. Vierteljahr, woraus eine weitere Erhöhung des Filialvermögens ersichtlich ist. Auch die Mitgliederbewegung hat eine Zunahme zu verzeichnen. Die Filiale zählt jetzt 8615 Mitglieder.

**Grimma.** In der Mitgliederversammlung am 14. Oktober gab Kollege Schiel den Bericht über die Ortsauschussführung. Daraus ist hervorzuheben, die Auffstellung der Listen zu den Kantontafelwahlen, verschiedene Erläuterungen über das Gesetz der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung, sowie Bericht über die Erhöhung der Ortsauschussbeiträge. Dann legte Kollege Otto den Stand der durch die Tarifkommission eingeleiteten Lohnverhandlungen. Für die Landesversammlung wird Räther delegiert. Ferner gab Vorsitzender Räther an Hand einer Liste die Städte und Ortschaften Sachsens bekannt, in welchen die städtischen Arbeiter im Genusse der Ruheohnordnung sind. Da diese hier immer noch nicht eingeführt ist, dank den Machenschaften der reaktionären Seite im Stadtparlament, wird darauf aufgefördert, bei den nächsten Wahlen mitzuwirken, daß diese Herrschaften dafür die entsprechende Quittung bekommen.

**Göppingen.** In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 19. Oktober erstattete der Kassierer Stenz den Kassensbericht vom 3. Quartal. Die Gesamteinnahmen betrugen 817,70 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeliefert 572,39 Mk., der Filiale verbleiben 245,31 Mk. Der Kassensbestand der Filiale beträgt 335,35 Mk. Der Mitgliederbestand ist 111. Kollege Bolm berichtete dann über den Abschluß des Bezirkstarifvertrages. An diesen Bericht schloß sich eine Ehrung von zwei Jubilaren. Gearündet wurde unsere Filiale im Jahre 1900 unter Vorsitz des verstorbenen Kollegen Köhler. Eine ganz aktive Rolle spielte dabei Kollege Bräunle, der aber, wie gesagt, einmal infolge von Differenzen austrat, heute aber wieder zu unsern Treuen zählt. Als erster Kassierer wird Kollege Rapp genannt, der aber auch verstorben ist. Im Jahre 1903 hat sich der Verband der städtischen Arbeiter Württembergs mit dem norddeutschen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter verschmolzen; seitdem kann die Mitgliederzahl nachgewiesen werden. Für das erste Quartal 1903 sind 35 verzeichnet. Als äußeres Zeichen der Anerkennung wird den beiden Kollegen ein vom Verbandsvorstand ausgefertigtes Diplom übergeben. Von der Filiale erhielten die Kollegen ein Geschenk. Namens der Gauleitung richtete Kollege Bolm noch einige Begrüßungsworte an die Jubilare.

**Halle a. S.** In der stark besuchten Funktionärkonferenz am 26. Oktober sprach Kollege Stetter über: „Die wirtschaftliche und lohnpolitische Lage Deutschlands.“ Die Ausführungen des Redners fanden ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschliebung:

„Die Funktionärsitzung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sieht sich nach einem Vortrag des Kollegen Stetter-Berlin über

die wirtschaftliche und lohnpolitische Lage Deutschlands am Mittwoch, dem 26. Oktober 1927, im Volkspark zu Halle a. d. S. veranlaßt, die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen aufzufordern, sich zusammenzuschließen innerhalb des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, um den uns aufgezwungenen Kampf um die Verbesserung der allgemeinen Lohn- und Gehaltsbedingungen durchzuführen zu können. Die heutigen Besoldungsverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben und Verwaltungen entsprechen in keiner Weise dem Kulturniveau des 20. Jahrhunderts. Wochenlöhne von 26 bis 30 Mk. für eine Familie, wie sie heute noch von öffentlichen Körperschaften gezahlt werden, sind dazu angetan, den Arbeitnehmer zum Lohnslaven herabzudrücken.

Gerade die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, die letzten Endes im Dienste der Allgemeinheit stehen, haben ein Interesse an der Entwicklung und Bessergestaltung der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung. Diese Arbeitsfreude kann aber nicht durch eine schlecht bezahlte Arbeiterschaft aufgebracht werden. Da bei der heutigen kurzfristigen Politik der verantwortlichen Persönlichkeiten in Reich und Gemeinde kein Entgegenkommen zu erwarten ist, erwarten die Funktionäre von den Verbandskörperschaften, daß alles vorbereitet wird, um den Kampf mit vereinigten Kräften und auf breiter Basis nach Ablauf der jetzt noch gültigen Lohnsätze zu führen. Darüber hinaus werden die Verbandskörperschaften aufgefordert, jetzt schon zwischenparteiliche Lösungen zu versuchen, um das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten zu beheben. Die Funktionäre selbst werden die Kräfte einsetzen, um in ihren Betrieben und Verwaltungsstellen Aufklärung zu schaffen und die gewerkschaftliche Front zu stärken.“

Zum Schluß wurde noch auf den Bildungskursus der Filiale, der am Sonntag, dem 6. November, vormittags 10 Uhr, im Volkspark beginnt, sowie auf den 14tägigen Kursus im Schulheim des Verbandsvorstandes hingewiesen.

**Hannover.** In der Generalversammlung am 19. Oktober hielt Dr. Weigt einen Lichtbildervortrag über „Indien, Land und Leute.“ der mit reichem Beifall von den Zuhörern aufgenommen wurde. Kollege Müller berichtete dann über die für die verschiedenen Gruppen geführten Lohnverhandlungen und verweilte besonders längere Zeit bei den Gemeindegewerkschaften. Der kommunale Arbeitgeberverband lehnt jede Lohnerhöhung ab mit den jaheinscheinigsten Gründen. Auch der Magistrat Hannover hat sich nicht in wirksamer Weise beim Arbeitgeberverband für eine Lohnerhöhung eingesetzt, trotzdem das Bürgervorsteherkollegium einen dahingehenden Beschluß gefaßt hatte. Die Ortsverwaltung hat nunmehr erneut dem Magistrat die berechtigten Forderungen der städtischen Arbeiter unterbreitet. Mit dem der Dessauer Gesellschaft gehörigen Lindener Gaswerk stehen wir schon seit einem halben Jahre in Verhandlungen über den Abschluß eines Manteltarifvertrages mit dem Arbeitgeberverband Niedersächsischer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Man versucht, uns den zwischen ihm und dem Metallarbeiterverband abgeschlossenen Manteltarifvertrag, der bedeutende Verschlechterungen gegenüber den bisherigen aufweist, aufzuzwingen, obwohl der Arbeitgeberverband im Wirtschaftsgebiet Hannover nur in drei Städten Gaswerke organisiert hat, während alle übrigen den Bestimmungen des Reichsmanteltarifvertrages der Gemeindegewerkschaft unterstellt sind. Die Sache wird nunmehr erneut dem Schlichtungsausschuß unterbreitet. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit dem Vorgehen der Ortsverwaltung in sämtlichen Tarifverhandlungen einverstanden. — An den bei der Volkshochschule von uns gebildeten Arbeitsgemeinschaften nehmen 50 Kollegen teil. Es sind drei Arbeitsgemeinschaften gebildet, die je zehn Stunden umfassen, und zwar Tarif- und Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Staat und Wirtschaft. Weiter gab Kollege Müller das Bildungsprogramm des Verbandsvorstandes für das Jahr 1927/28 bekannt. Er forderte auf, daß sich befähigte Kollegen zur Teilnahme an den Kursen, die nunmehr in der besonderen Bildungsschule veranstaltet werden, melden sollen. Beschlossen wurde ferner, eine Verbandsschule zu beschaffen. — Mit der seit Jahren geübten Gepflogenheit, in jeder allgemeinen Mitgliederversammlung einen werbenden und bildenden Vortrag zu halten, wurden gute Erfahrungen gemacht, besonders aber damit, daß bei Lichtbildervorträgen auch die Frauen unserer Mitglieder Zutritt haben. — Die Ortsverwaltung wird sich weiter bemühen, die Versammlungen nach jeder Richtung hin interessant zu gestalten, so daß neben den rein gewerkschaftlichen Fragen auch die Allgemeinbildung gefördert wird.

**Rheine i. W.** Die Stadt Rheine gehört zum Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden. Die Stadt beschäftigt zirka 100 Arbeiter. In Rheine sowie im Münsterland überhaupt ist für die freie Gewerkschaftsbewegung steiniger Boden. Unser Verband konnte bisher keinen Fuß fassen. Die städtischen Arbeiter waren bisher christlich organisiert. Aber auch in Rheine faßt der Gedanke einer freien Bewegung immer mehr Fuß und nachdem bei einem Teil der Kollegen längst der Wunsch bestand, eine Filiale unseres Verbandes zu gründen, hatten einige Kollegen in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Kollegen Simon für den 23. Oktober eine Versammlung einberufen. Als Vertreter der Bezirkseitung für unseren Verband war Kollege Reuter (Bielefeld) erschienen, um zu den notwendigen Fragen Ausführungen zu machen. Die Vertreter der christlichen Organisation, wohl nichts

Gutes ahnend, hatten selbstverständlich eine Abwehraktion eingeleitet. — In der Versammlung erschien ein Vertreter der Christen mit einigen Begleitern, die aber bald wieder abzogen, als ihnen die Versammlungsleitung klarmachte, daß nur die städtischen Arbeiter geladen seien, die mit der freigewerkschaftlichen Bewegung sympathisieren. Kollege Reuter machte dann einige grundsätzliche Ausführungen und ging auf die Kämpfe für festere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem rheinisch-westfälischen A.G.W. ein. In der Diskussion kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß sowohl die Stadtverwaltung über alle Tariffragen unterrichtet sei, die städtischen Arbeiter dagegen nicht. — Am Schluß der Versammlung wurde die Gründung einer Filiale unseres Verbandes beschlossen. Die Anwesenden erklärten sofort ihren Ueber- bzw. Eintritt in unserem Verband. Damit hat auch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Rheine Fuß gefaßt.

**Rundschau**

**Wieder steigender Alkoholkonsum.** In der europäischen Wirtschaft spielt die Alkoholerzeugung eine bedeutende Rolle. Als Genussmittel, zu Heil- und gewerblichen Zwecken werden jährlich kaum glaubliche Mengen an alkoholischen Erzeugnissen produziert und natürlich auch konsumiert. In den verschiedenen Betriebsformen, der Brauindustrie, den Brennereien, dem Weinbau, geht die Alkoholproduktion vor sich und findet im allgemeinen aufmerksame Unterstützung oder gar Pflege durch den Staat. Die Brauindustrie ist die wirtschaftlich weitaus mächtigste Gruppe des Alkoholkapitals. Dieser Machtstellung entspricht ihr politischer und „kultureller“ Einfluß. Auf einen erheblichen Teil der Presse übt sie dank ihrer umfassenden Reklame einen entscheidenden Einfluß aus. Der Verbrauch alkoholischer Getränke ist seit der Kriegs- und Nachkriegszeit, in der bekanntlich durch Zwangsmaßnahmen die Herstellung alkoholischer Getränke stark eingeschränkt war, in starkem Anstiege begriffen, er dürfte den Alkoholkonsum der Vorkriegszeit bald wieder erreicht haben. Die Abschlüsse der Brauereien sind die besten aller Industrien. Die Brauer haben eine auffallend niedrige Arbeitslosigkeit. Die Brennereien, durch die Subventionspolitik unserer Monopolverwaltung aus den Steuereinnahmen des Reiches unterstützt, haben ab 1. Oktober 1927 wieder volle 100prozentige Brennereiberechtigung. Die allgemein bekannten konjunkturellen Erscheinungen finden in den nachfolgenden statistischen Untersuchungen ihre volle Bestätigung. Dem jetzt erschienenen Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches 1927 entnehmen wir: Der Bierkonsum steigt. Seit 1920 hat sich der Bierverbrauch von 37,8 Liter pro Kopf der Bevölkerung (einschließlich der Frauen und Kinder) auf 76,3 Liter erhöht und nähert sich wieder dem außerordentlich hohen Bierkonsum von 102,1 Liter in der Vorkriegszeit!

Das Inflationensjahr 1923 senkt den Verbrauch alkoholischer Getränke vorübergehend. Das zeigt sich nicht nur beim Bier und Wein, sondern auch beim Branntwein. Der Branntwein findet immer stärkere Verwendung für gewerbliche Zwecke. Während vor dem Kriege noch die Hälfte (1 871 200 Liter von 3 595 707) des Branntweinverbrauchs auf den Trinkverbrauch entfiel, verteilt sich der Verbrauch zu Trink- oder gewerblichen Zwecken im neuen Reichsgebiet seit 1922 wie folgt:

	Trinkverbrauch		Für gewerbliche Zwecke	
	insgesamt Sektoliter	pro Kopf Liter	insgesamt Sektoliter	pro Kopf Liter
1922/23	612 393	1,1	768 662	1,4
1923/24	355 145	0,6	682 413	1,2
1924/25	641 353	1,0	1 122 678	1,8
1925/26	685 885	1,1	1 197 306	1,9

Der Branntweingenuß, diese übelste aller Trinksitten, hat also noch nicht zur Hälfte den Vorkriegsstand erreicht. Die stetige Zunahme seit 1923 ist aber kein gutes Zeichen, wenn auch mit der Rückkehr zu den Vorkriegszuständen nicht mehr zu rechnen sein wird.

Die zur Biergewinnung in Betrieb gewesenen Bierbrauereien sind von 10 795 im Jahre 1920 auf 13 062 im Jahre 1926 gestiegen. Folgende Zahlen geben Aufschluß über die Menge der verwandten Brauoftstoffe:

	Malz	Zuckerstoffe	Weizenabfall, Maisgetreide, Reis u. w.
1920	220 205	3545	2 064
1922	464 666	2331	38 881
1924	696 767	2872	20 076
1926	885 790	5643	391

Ungeheure Mengen von Kartoffeln, Getreide und Rüben werden in den Brennereien verarbeitet und der Volksernährung entzogen. Die Preissteigerung bei den Kartoffeln um das Dreifache führte im letzten Jahre zu großen Maiseinführungen aus dem Ausland, die den Brennereien zugeführt wurden. Die Monopolverwaltung nahm ja die gesamte Spritproduktion ab und bezahlte gut. (80 Mk. für den Hektoliter, der im Verkauf als gewerblicher Sprit 30 Mk. bringt.) So wurde dieser volkswirtschaftliche Unfinn zur guten Einnahmequelle für die Spritinteressenten. Die Steuern und Zölle auf die alkoholischen Getränke machen das Reich zum Nutznießer des Alkohol-

konsums. Ungefähr die Höhe unseres Heeresetats erreichen die Einnahmen des Reiches aus dem Bier-, Wein- und Branntweinumsatz. Die Steuer- und Zolleinnahmen vom Bier betragen 1926 über 243 Millionen Mk. (pro Kopf der Bevölkerung 3,86 Mk.). Der Ertrag der Weinsteuern war 1925 über 91 Millionen Mark (1,46 Mk. pro Kopf). Reichsmonopol, Steuern und Zölle auf den Branntwein brachten 1926 über 189 Millionen Mark (3,02 Mk. pro Kopf). Das sind insgesamt weit über 1/2 Milliarde Mark im Jahre, die dem Staatsfiskus aus den Trinfgewohnheiten zufließen. Die insgesamt für alkoholische Getränke vom Volke in einem Jahr ausgegebenen Summen betragen nach vorsichtigen, allerdings schwierigen Schätzungen ungefähr drei bis vier Milliarden Mark. Das ist eine Summe, von der man sich einen Begriff macht, wenn man bedenkt, daß sie die deutschen jährlichen Kriegsschadigungszahlungen nach dem Dawes-Gutachten um das Doppelte übertrifft, sogar die gesamten Kosten der deutschen Sozial- und Arbeitslosenversicherung übersteigt.

**Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.** Nach Abschluß der diesjährigen Jahreshauptversammlung, die am 29. September und 1. Oktober in Hamburg stattfand, gibt die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene der Öffentlichkeit einen Bericht über die im abgelaufenen dritten Arbeitsjahr von ihr auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes geleisteten Arbeiten. Die Gesellschaft hat auch in diesem Jahr ihr Fachorgan, das „Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“, weiter ausgebaut. Die gewerbehygienische Literatur erfuhr eine Vermehrung durch sechs im letzten Jahr von der Gesellschaft herausgegebenen Schriften über „Arbeit und Ermüdung“, „Die deutsche Fabrikpflegerin“, „Gewerbestaub und Lungentuberkulose (Stahl-, Porzellan-, Kohle-, Kalkstaub und Ruß)“, „Staublungenerkrankung (Pneumokoniose) der Sandsteinarbeiter“, „Die Beseitigung der beim Tauch- und Spritzlackieren entstehenden Dämpfe“ und „Arbeiterschutzbvorschriften im Deutschen Reich“. Die Hauptvorträge der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft waren den Themen „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“ und „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafenarbeit und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen“ gewidmet. Im Oktober 1926, April 1927 und Oktober 1927 wurden in Dresden, Stuttgart und Hamburg mehrtägige Vortragskurse zur Information aller an der Förderung und Durchführung der Gewerbehygiene interessierten Kreise abgehalten. Außerdem fand im Oktober 1926 in Dresden gemeinsam mit dem Landesauschuß für das ärztliche Fortbildungswesen im Freistaat Sachsen ein ärztlicher Fortbildungskursus über gewerbliche Berufskrankheiten statt. Im November 1926 befaßte sich in Berlin eine Sonderkonferenz mit den Fragen der „Grundlagen und Aufgaben der physiologischen Arbeitseignungsprüfung und der Anlernung“. Das Arbeitsprogramm des Ausschusses für gesundheitsgemäße Arbeitsgestaltung umfaßt folgende Arbeiten: „Psychologie und Physiologie der Fließarbeit“, „Konstitution und Arbeitseignung“, „Sitze und Tische in Groß- und Kleingewerben“ und „Richtlinien für die berufskundliche Fortbildung der Kommunalärzte“, die im vergangenen Jahr aufgenommen wurden. Der Technische Ausschuß bearbeitet folgende neue Themen: „Schutzmaßnahmen beim Reinigen und Ausbessern von Behältern, in denen Mineralöle, insbesondere Benzin und Benzol, vorhanden waren“, „Beseitigung von Schwefelkohlenstoff und Chlorschwefel beim Vulkanisieren von Gummi“ und „Schutzmaßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen durch Sandstrahlgebläse“. Die mit der Geschäftsstelle verbundene Bibliothek wurde vom In- und Ausland lebhaft in Anspruch genommen, auch die Auskunftsstelle hatte rege Nachfrage. Der Jahresbericht zeigt, daß durch die Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene bedeutende Anregungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und des Arbeiterschutzes gegeben wurden.

**Feierabend in Haben**

Von Herm. Claudius.

Weddern Damper! Weddern Troß!  
Luder Lüd von Bohm un Wof.  
Swor, swor, swatt in't Gesicht  
stampt se öwer de Lannungsbrüch.  
Welke hebt si und drängelt sik vör.  
De Raffeeant klötert achter jem her.  
Wef, de smökt ehr Bip Lobad,  
matt mankdör en lüdden Snack.  
Ruddl, Hein! — Bi Tebe Emitt  
nehmt wi noch'n Lüdden mit! —  
Baben lüdt de Abendfünn  
in de lekten Finster rin.  
Uennen ut dat Water stigt  
hier en Licht, dor en Licht.  
Kof un Duns un Sus un Brus.  
Man na Hus — na Hus —